

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Emil Drescher Nr. 31307
Tel. Nr. 1 Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Zust. Konto: Wgl. Credit-Anstalt, Dresden
Postk.-Konto: Nr. 577 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden u. seine Vororte

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hofterwitz, Pillnitz, Weißitz und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-O.

Verlag: Elbgaupresse-Druckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich: Eugen Werner Dresden.

Er scheint täglich mit der Beilage „Agrar-Warte“ und „Kunst, Natur- und Fremdenliste“. Bezugspreis: Monatslich M. 3.00, — außer Zustellgebühr; bei den deutschen Postanstalten M. 3.40, —. Einzelverkaufspreis: M. 2.00. Für alle höherer Gewalt, Krieg, Streik usw. hat der Besieger keinen Anspruch auf Lieferung beim Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugsbetrags. Druck: Clemens Langhans Nachf., Dresden-Friedrichstadt. Bei unentgeltlich eingesandten Manuskripten ist Rücksicht auf die Druckfertigkeit zu nehmen. Für Anzeigen, welche durch Fernsprecher aufgegeben werden, kann eine Verantwortung bei der Nichterfüllung nicht übernommen werden. Anzeigen werden die 4-spaltige Petit-Zeile mit M. 2.00, — berechnet, Reklamen die 4-spaltige Zeile mit M. 6.00, —. Anzeigen und Reklamen mit Druckvorschriften und schwierigen Zeichnungen werden mit 50 Prozent Aufschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vormittags 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Obwohl Rabatt gilt als Kostenrabatt und kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach dem Empfang der Rechnung die Zahlung erfolgt. Bei gerichtlicher Einziehung der Anzeigenbeträge fällt der bemittelte Rabatt fort.

Nr. 60

Blasewitz, Montag, 12. März 1923

85. Jahrgang.

Frankreichs „verbrecherischer Wahnsinn“

Rom, 11. März. Wahrscheinlich niederschmetternd für Frankreich klingt, was eine New Yorker Zeitschrift des „Secolo“ ausführt, des selben „Secolo“, der bis vor kurzem zu den Hauptstützen der italienischen Frankophilen gehörte. Es sei einfach lächerlich, beginnt der Bericht, wenn Frankreich ein finanzielles Entgegenkommen Amerikas erhoffe, das Frankreichs Wohlstand des Ostens und der Zerstörung aller Zivilisation geradezu verbrecherisch wahnsinnig finde. Statt keine Schulden in Amerika zu bezahlen und mit Deutschland ein vernünftiges Abkommen zu treffen, verleihere Frankreich sein Geld für verdrängte Kulturen, komplizierte mit den kleinen Balkanstaaten, beginne die wahnsinnige Ruhraktion und leide — was die Schale des amerikanischen Jorns überlaufen lasse — den kriegerischen Völkern 400 Millionen. Frankreich sei in den Augen Amerikas des Schwärzen Verbrechens, des Friedensbruchs und des Attentats gegen das Glück der Völker schuldig. Zwar sei die Abneigung gegen Deutschland noch nicht geschwunden, aber Frankreich tue alles, um Deutschland völlig reinzumachen, so daß Amerika heute nicht mehr Deutschland, sondern Frankreich verabscheue.

„Warum“, heißt die „Secolo“, „sollte also Amerika Europa vor Frankreich retten, wenn doch die weit mehr interessierten europäischen Staaten alle zusammen nicht gegen Frankreich aufzutreten wagen?“

Jedenfalls aber werde nach der Befehung der Ruhr Amerika erst recht nicht auf die Rückzahlung der französischen Schulden verzichten, besonders nicht, seit England ein gutes Beispiel gegeben habe. Die öffentliche Meinung in Amerika erblicke in Frankreich heute nur noch einen wahnsinnigen, verbrecherischen Schuldner, den die Regierung früher oder später energisch zur Rückzahlung seiner Schulden zwingen werde.

Französische Sehnsucht nach der Kohlensteuer.

Berlin, 12. März. Bekanntlich hat General Degoutte die Zahlung der von den deutschen Behörden angeblich gestundeten Kohlensteuer gefordert. Es handelt sich um insgesamt ungefähr 14 Millionen Dollars; die Forderung ist in Dollars, nicht in Mark, d. h. in geschäftlichem Zahlungsmittel, gestellt. Es ist beweisend für den Kredit, den Frankreich dem Franc gibt, daß nicht der Franc als Zahlungsmittel gewählt ist. Die gestundeten Beträge verlieren nach der Behauptung des französischen Anklägers vom Oktober ab. In diesem Zusammenhang ist noch darauf hinzuweisen, daß eine im „Reichsgericht“ veröffentlichte Verordnung vom 5. März 1923 das Kohlenfundat als den gesetzlichen Schuldner für die Kohlensteuer bezeichnet und damit den Ansprüchen der Besatzungsbehörden gegenüber den einzelnen Direktoren, welche persönlich haftbar gemacht werden sollen, den Boden entzieht. Ueberdies ist die Form, in der die Berechnung des Kohlenfundats mit den einzelnen Rechnungen, stets so geregelt gewesen, daß der jetzt festgesetzte Zustand sich praktisch mit dem schon vorher bestehenden nahezu deckt. In diesem Zusammenhang sei noch einmal darauf hingewiesen, daß alle Bergwerksdirektoren eine gleichlautende Anklage erhalten haben über die Strafen, die sie bei Nichtabführung zu gewärtigen haben. Bis zum 15. jeden Monats muß die Kohlensteuer an die Besatzungsleitung abgeliefert sein, dann folgen in bestimmten Abständen bis zum 28. des Monats Geldstrafen,

Konfiskationen und zuletzt Freiheitsberaubung. Selbstverständlich wird keiner der verantwortlichen gemachten Männer in irgendeiner Form auf die französische Forderung eingegangen, die ein neues Kapitel des Kampfes um das Ruhrgebiet einleitet.

Die französisch-belgischen Vereinbarungen.

Paris, 11. März. Nach dem Londoner Korrespondenten des „Echo de Paris“ sollen die französisch-belgischen Vereinbarungen über den Durchgangsverkehr durch die englische Besatzungszone, sowie in gewissen politischen Kreisen bekannt sei, in großen Zügen folgendes enthalten:

1. Die französischen Behörden können höchstens zehn Älge täglich durch den Abschnitt Köln leiten.
2. Die Älge dürfen nicht zur Verstärkung der französischen Truppen, sondern ausschließlich zu ihrer Verpflegung und Abführung dienen.
3. Sie können keine Verwendung für die Beförderung von Ruhrkohle nach Frankreich finden.

Obwohl man behauptet habe, sagt der Berichterstatter hinzu, daß die Eisenbahnfrage nichts mit kommerziellen Schwierigkeiten zu tun habe, scheine das Abkommen Godley-Pagot erst dann endgültig ratifiziert werden zu sollen, wenn die letzte Frage gelöst sei.

Lord Derby in London.

Paris, 11. März. Der englische Kriegsminister Lord Derby ist gestern Abend hier eingetroffen. Er soll, wie man es meinet, beabsichtigen, sich nur kurze Zeit in Paris aufzuhalten. Seine Reise, die er zu Paris mit den englisch-französischen Verhandlungen über den Durchgangsverkehr durch die englische Besatzungszone in Zusammenhang bringt, hat nach Davos seinen politischen Charakter.

Die Dortmunder Bahnhofe wieder geräumt.

Dortmund, 11. März. Die gestern früh besetzten Bahnhofe sind im Laufe des gestrigen Nachmittags von den Franzosen sämtlich wieder geräumt worden. Die Besatzung war nur sehr gering.

Merkwürdige Beflissenheit!

Die Verhaftung des Kohlenhändler Runk in der Hoch- und Landesverratslade Fruch und Genossen erweist insofern bedeutsam, als Runk im hiesigen Kohlenhändlerverband, dessen Syndikus der verhaftete Rechtsanwalt Dr. Ruchles war, das Vertrauen als des Schriftführers bekleidet hat. Runk ist seit 1917 in München anständig, war anfangs Proturist einer hiesigen Kohlenfirma und machte sich dann als Inhaber der hiesigen Kohlenpartei-Gesellschaft in der Schwannthaler Straße selbständig. Er ist weiter an mehreren größeren industriellen Unternehmungen beteiligt. Die Kohlenverbindungen sollen von ihm eingeleitet und geführt worden sein, während Dr. Ruchles, mehr durch Unvorsichtigkeit, in die Sache mit verwickelt worden sein soll. Die Beziehungen des Professors Fruch zu dem Kronprinzen Rupprecht, zu Rahr und anderen hervorragenden Persönlichkeiten des monarchistischen Lager sollen mit keiner künstlerischen und künstlerischen Tätigkeit zusammenhängen. Mit dem Kapellmeister Hugo Wachhaus, dem Sohn eines Hofkapellmeisters, der während des Krieges in Gefangenschaft geriet, und als ein Mann von anarchistisch-irriterischer Auffassung geschildert wird, soll Fruch durch seine Tätigkeit im Politischen Konvertbureau in Verbindung gekommen sein. Die Polizeidirektion München beabsichtigt, in der Hochverratslade keine weitere Mitteilung an die Öffentlichkeit auszugeben.

Daß keine weiteren Mitteilungen an die Öffentlichkeit gegeben werden, solange die Untersuchung dadurch gefährdet werden kann, ist vollkommen richtig. Die Hauptfrage ist aber, daß diese Untersuchung mit aller Schärfe und nach allen Seiten hin geführt wird. Merkwürdig ist die Beflissenheit, mit der in den amtlichen Münchener Meldungen wieder und wieder verichert wird, daß keine politischen Verbindungen und keine politischen Organisationen hinter der Sache stehen. Uns scheint, daß eine solche Feststellung nicht am Anfang, sondern erst am Ende der Untersuchung getroffen werden kann. Es kennzeichnet aber wieder einmal die Atmosphäre in der Münchener Polizeidirektion, die schon

mehrfach eine recht zweifelhafte Rolle in politischen Angelegenheiten gespielt hat (Böhmer! Ruch!). wenn sie in der angegebenen Weise Deduktionen für kompromittierte höhere Personen zu schaffen sucht. Rahr ist sicher nicht ganz so harmlos, wie er jetzt hingestellt wird! Im übrigen gehört das Hochverratsverfahren vor das Reichsgericht. Es ist also anzunehmen, daß der Oberreichsanwalt als zuständige Anklagebehörde durch keine Beamten die notwendigen Ermittlungen treffen wird, die man umsofort heute schon durch polizeiliche Rundgebungen vorwegnehmen kann.

Die amtliche Bitte der Verhafteten.

München, 10. März. Amtlich wird fordern die Bitte der Verhafteten bekanntgegeben. Der ursprünglich mit letztgenannte Privatdozent Dr. Arnold Ruge ist wieder entlassen. Nach dem bisherigen Untersuchungsprotokoll ist anzunehmen, daß wenigstens von Ruge und Wachhaus beabsichtigt war, die bayerische Regierung zu befehligen und an ihre Stelle einen Reichsminister zu setzen, der die Verordnungen zum Übergang für eine künftige Monarchie bilden sollte. Ihre Errichtung sollte aber nicht selbständig sein, sondern ein Mittel zur Abwehr der drohenden bolschewistischen Gefahr. (1) Um sich anständig für diesen Plan die vollständige Neutralität Frankreichs (2) zu sichern, wären sie mit dem französischen Major Ribert (dem Vorgesetzten des Saargebietes) in Verbindung getreten, dessen beabsichtigte Freisetzung leider nicht gelungen ist. Alle Nachrichten über Befreiungen an die Verhafteten sind falsch.

Herr v. Rahr hat seinen Austritt vom Ehrenvorstand der vereinigten vaterländischen Verbände dementsprechend lassen. Die „Münchener Post“ hält demgegenüber ihre Behauptung aufrecht, daß Herr v. Rahr den Ehrenvorstand zwar nicht der bayerischen, aber doch der Münchener vaterländischen Verbände niedergelagt habe.

München, 11. März. Nach einer Meldung aus Angolstadt kam es dort am Sonntag Abend gegen Abend zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten, die dort eine Versammlung abhielten, und im Gewerkschaftshaus versammelten Sozialdemokraten. Zwei Arbeiter sollen durch Schüsse leicht verletzt worden sein.

Wichtige Ereignisse.

Die englisch-französischen Vereinbarungen über die Benutzung der Transportwege in der englisch-belgischen Zone sind unterzeichnet. In Frankreich ist man mit dem Erfolge nicht zufrieden.

Die Franzosen fordern 14 Millionen Dollars als zehrende Kohlensteuer.

Im der Münchener Vorkonferenz wird jetzt die Bitte der Verhafteten amtlich bekanntgegeben. Die nach Frankreich hinübergehenden Älge sind einwandfrei, aber noch nicht rechtlich festgestellt.

Der französische Versuch, die Ruhrbefreiung zu beschleunigen, wird durch eine längere deutsche Erwiderung als Verzögerung der Öffentlichkeit gekennzeichnet.

„Politische Kinderei“.

Der preußische Innenminister Severing sprach jüngst in Münster über die Stellung der deutschen Arbeiterchaft zum Einbruch ins Ruhrgebiet. In seinem Rückblick auf die politischen Ereignisse seit der Konferenz von Spaas wies der Minister nach, wie die Franzosen von langer Hand ihren Einbruch vorbereitet haben, wie der Widerstand der Arbeiterchaft längst vorbereitet gewesen und keine künstliche Berliner Mode sei. Severing wies der Minister die vielfach aufgestellten Behauptung zurück, die deutschen Arbeiter leisteten solch energischen Widerstand, weil sie durch die sogenannten Arbeitslosenfrage torrenpiert seien und weil die Bergarbeiter sich vor den Wagnen der Stimmes und Thesen hätten einspannen lassen. Der Minister wies eine breite Raum der Verhältnismäßigkeitspolitik gewisser französischer Wirtschaftskreise, die die Ansicht vertreten, daß England und Amerika nichts auf dem europäischen Kontinent herbeizubringen hätten und den Gedanken der sogenannten Kontinentalpolitik vertreten. Severing erklärte, daß er vor dem Kriege für die Bildung eines deutsch-französisch-russischen Blockes eingetreten sei und diesem Gedanken heute noch innigsthaftig gegenüberstehe. Doch sei heute dieses Bündnis unbedenklich, weil die militärische Überlegenheit Frankreichs jeden berechtigten Zusammenhang zur Durchführung der französischen Hegemonie in Europa und weiteren Knechtung Deutschlands auszuüben werde.

Die Aufforderung von Entschloßener Seite, daß die Sozialdemokratie den Kampf gegen Poincaré und den großwuchernden Wirtschaftskreis führen müsse, bezeichnete Severing als eine politische Kinderei. Nicht um Parteimeinungen und nebensächliche Dinge ginge es jetzt, sondern im Interesse der deutschen Arbeiterchaft liege es, Poincaré von den erdverwahrlosten Militärführern in Frankreich zu bewachen, daß die Macht des Reiches stärker sei als das Reich der Macht.

Wer die Front an der Ruhr hätten wolle, habe auch dafür zu sorgen, daß im Inlande alle so belagerten zusammenkommen wie die Kämpfer an Ruhr und Rhein, wo die ganze Taktik und der Widerstand von dem Willen geleitet sei, den Franzosen zu beneiden, daß sie ihre Wirkkraft nur einstelle: wenn auf den guten Willen der deutschen Arbeiter, unter kühnem Voranschritt in diesem Zusammenhang der Minister den deutschen Schuldenbeamten den Dank der Staatsregierung für die mutterhafte Haltung aus. So ruhig und besonnen wie diese Beamten trotz schwerer Terror ihren Dienst wüthen verrichtet hätten, müsse im Innern Deutschlands der Kampf weitergeführt werden.

Bezüglich des Endes des Kampfes erklärte Severing der Ansicht, daß unter Lage beim Ende des Kampfes zum mindesten nicht schlechter sein werde, als sie geworden wäre.